

den Feinden der Freiheit im Interesse des Lebens der Menschen keine Möglichkeit der Betätigung gegeben werden darf.'

Gestatten Sie mir abschließend die Bemerkung, daß auch für die Rechtspflege der Deutschen Demokratischen Republik die Feststellung gilt: Wir sind der westdeut-

schen Entwicklung eine ganze Epoche voraus. In konsequenter Erfüllung der dem ganzen deutschen Volk auferlegten völkerrechtlichen Verpflichtungen und der Zielsetzung von 1945 haben wir Erfahrungen gesammelt, die auch der Bevölkerung Westdeutschlands Nutzen bringen werden.

Die sozialistische Gesetzlichkeit dient der weiteren Entfaltung der Demokratie, der Sicherung und Festigung unserer Staatsordnung

Diskussionsbeitrag von Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit

In den drei Jahren, die seit dem Rechtspflegeerlaß vergangen sind, hat sich die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges erwiesen. Das Hauptergebnis war, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht und die Staatsordnung der Deutschen Demokratischen Republik weiter gefestigt wurden. Dieser Prozeß war kompliziert, er hat viele Probleme aufgeworfen, die noch nicht alle vollständig gelöst sind und zum Teil noch gar nicht voll erkannt wurden. Zu einigen dieser Probleme möchte ich sprechen.

Im Vordergrund sollte zunächst stehen, daß die sozialistische Gesetzlichkeit neben der grundlegenden Funktion, Instrument der Erziehung und Überzeugung zu sein, auch die Aufgabe hat, durch ihre Einhaltung und Durchsetzung der weiteren Entfaltung der Demokratie zu dienen und die Arbeiter-und-Bauern-Macht und die sozialistische Staatsordnung zu sichern und zu festigen. Sie hat also auch einen strafenden Charakter. Diese Lehre aus der Analyse der Durchsetzung des sozialistischen Rechts scheint uns besonders wichtig zu sein, und zwar nicht nur für uns selbst, sondern auch für die westdeutschen Arbeiter und Werktätigen, die wir auf diese Grundfragen der Macht hinweisen müssen. Die sozialistische Staatsmacht ist ohne den entschiedenen Kampf gegen die Feinde des Staates nicht zu halten. Das dient den Interessen der deutschen Nation und hilft, den Frieden zu sichern. Wir haben diese Erfahrungen 1961 machen müssen, als die feindlichen Kräfte die Provokation zuspitzten und aufs Ganze gingen. Damals trat eine gefährliche Lage für die DDR ein, und die Maßnahmen vom 13. August waren notwendig, um die Voraussetzungen unserer weiteren Entwicklung zu sichern und die fortgesetzten feindlichen Aktionen erfolgreich abzuwehren.

Die Forderung der sozialistischen Gesetzlichkeit, daß jedes Verbrechen aufgedeckt und geahndet werden muß, dient den gleichen Interessen. Mit der Verhaftung der Täter und der gründlichen, genauen und objektiven Aufklärung ihrer strafbaren Handlungen schaffen wir die Voraussetzungen dafür, daß in Prozessen vor den Gerichten der DDR durch konkrete und dokumentarische Beweise vor der Weltöffentlichkeit der Nachweis geführt werden kann, daß die abenteuerlichen, verbrecherischen Pläne der Feinde der DDR keine Erfindungen von uns sind, sondern wirklich existieren und aktiv verfolgt werden. Das erleichtert auch den loyalen Menschen in Westdeutschland, die uns leider nicht immer richtig verstehen, das Verständnis dafür, warum wir diesen Kampf führen und daß uns durch den Klassenkampf aufgezwungen wurde, so zu handeln. Wenn es darum geht, die Tätigkeit der Feinde unwirksam zu machen und dadurch den Frieden und die Sicherheit der DDR zu garantieren, muß mit Entschlossenheit vor-

gegangen werden. Wir werden das tun. Nur auf solche Weise kann man dem aggressiven Imperialismus begegnen, der seine Pläne, die DDR anzugreifen und zu beseitigen, nicht aufgegeben hat.

Was bei uns nicht besonders betont zu werden braucht, muß aber für die Menschen in Westdeutschland immer wieder klar gesagt werden: daß dabei alle von uns beschuldigten Personen zu Recht festgenommen und verurteilt wurden. Den Gegnern ist es nicht möglich, uns Ungesetzlichkeiten nachzuweisen, obgleich sie alles Unmögliche erfinden.

Nach wie vor ist ein Hauptaugenmerk auf die intensive, raffinierte und differenzierte politisch-ideologische Diversion zur Infiltration feindlicher und zersetzender Ideologien und der sozialistischen Gesellschaftsordnung widersprechender dekadenter Lebensauffassungen zu richten, die nicht nur über westliche Publikationsorgane, sondern vor allem auch über die vielfältigsten persönlichen, brieflichen und sonstigen Kontakte sowie auf anderen Wegen zur Wirkung gebracht werden sollen.

Wir haben neben den Fortschritten in der Durchsetzung unserer Politik Auswirkungen der politisch-ideologischen Diversion in der DDR zu verzeichnen. Es gibt solche Erscheinungen, daß sich feindliche Elemente rühren, wenn Fragen aufgeworfen werden, die kompliziert sind, die von großen Teilen der Bevölkerung richtig verstanden, aber von den vorhandenen feindlichen Elementen aufgegriffen werden, um sie zu einer Schwächung der Staatsmacht auszunutzen.

Die weitere Verbesserung der Leitungstätigkeit der zuständigen staatlichen Organe erfordert eine noch gründlichere Auswertung solcher Erscheinungen der Feindtätigkeit, um die revolutionäre Wachsamkeit zu stärken und das sozialistische Bewußtsein zu erhöhen. Die Kenntnis darüber muß auf alle gesellschaftlichen Kräfte, auch auf die Konflikt- und Schiedskommissionen, übertragen werden. Das muß auch auf unsere Einrichtungen der Kultur, der Volksbildung, des Rundfunks und der Presse ausstrahlen, damit auch sie die richtige Klarheit darüber haben und das in ihrer Arbeit berücksichtigen.

Sehr bedeutsam ist die Feststellung des 11. Plenums des Zentralkomitees der SED, daß sich die internationale Lage verschärft hat und die Hauptkräfte des Imperialismus zwar nicht stärker, aber aggressiver geworden sind. Das zeigt sich besonders im amerikanischen Aggressionskrieg gegen das um seine Freiheit kämpfende vietnamesische Volk und wird gleichfalls sichtbar in der Verschärfung der aggressiven Politik der Bonner Regierung und ihrer Forderung nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen, die von den USA unterstützt wird.